

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 927 Postulat Sager Urban und Mit. über ein Massnahmepaket zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen und damit einer höheren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Das Postulat P 927 und die Motion M 977 von Karin Andrea Stadelmann über die Ausarbeitung eines systematischen Massnahmenplanes gegen den Lehrkräftemangel im Kanton Luzern und für eine Stärkung des Berufsbildes werden als Paket behandelt. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 927 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Stephan Dahinden beantragt Ablehnung. Urban Sager hält an seinem Postulat fest.

Folgende Anträge liegen zur Motion M 977 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung als Postulat. Karin Andrea Stadelmann ist damit einverstanden. Lisa Zanolta und Roger Erni beantragen Ablehnung.

Urban Sager: Ich freue mich, dass die Regierung erkannt hat, dass wir die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen im Kanton Luzern verbessern müssen. In der Stellungnahme auf mein Postulat beschreibt die Regierung, wie intensiv in den vergangenen Jahren um Lehrpersonen gekämpft werden musste; das ging bis hin zu Stellenausschreibungen im süddeutschen Raum, und Pensionärinnen und Pensionäre wurden angeschrieben. Trotz diesen Massnahmen gelingt es immer weniger, alle Stellen mit qualifizierten Lehrpersonen zu besetzen. Es ist schön, dass auch die Regierung zu diesem Schluss kommt und eine umfassende Analyse der Einflussfaktoren des Lehrpersonenmangels erstellt hat. Die von der Regierung daraus abgeleiteten Massnahmen sind vielfältig und durchaus zielführend. Hinzu kommt eine generelle Anpassung des Lohnes und der Lohnentwicklung. Auch wenn der Bildungs- und Kulturdirektor zu Recht auf gewisse Elemente hinweist, bei denen der Kanton sehr gut dasteht, so ist es beim Lohn, wenn wir vom Einstiegslohn absehen, eben nicht der Fall. Es bringt nichts, wenn wir das in irgendeiner Form schönreden wollen, sondern wir müssen konkurrenzfähig sein. Der Kanton Luzern liegt im Vergleich mit den umliegenden Kantonen, die mit uns in direkter Konkurrenz stehen, mindestens 10 Prozent unter dem Marktniveau. Es gibt auch eine Delle bei den Lehrpersonen zwischen 30 und 45 Jahren aufgrund der Sparpakete, Sie erinnern sich alle daran. Wir haben die Löhne gerade auch bei den Lehrpersonen nicht weiterentwickelt. Jetzt liegt die Rechnung dafür auf dem Tisch. In anderen Kantonen wurden die Löhne verbessert, oder es wurden keine Sparpakete beschlossen. Wir müssen jetzt unbedingt nachziehen. Die Regierung schreibt zu Recht, dass es sich beim Lehrpersonenmangel um ein komplexes Phänomen

handelt. Damit bin ich mehr als nur einverstanden. Gute Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen sind dabei aber unbestritten ein ganz zentraler Aspekt. Ich bitte Sie deshalb, der Erheblicherklärung zuzustimmen. Zur Motion M 977: Wie der Stellungnahme auf mein Postulat entnommen werden kann, ist die Regierung mit ihrer Arbeit bereits weit fortgeschritten, und sie will bald Massnahmen präsentieren. Seitens des Bildungs- und Kulturdepartementes (BDK) besteht ein Massnahmenplan, und wir brauchen in erster Linie konkrete Massnahmen und keine weiteren Planungsarbeiten. Die SP-Fraktion ist deshalb mit der Erheblicherklärung als Postulat einverstanden.

Karin Andrea Stadelmann: «Heute die Heldinnen von morgen beflügeln. Das tun Lehrerinnen und Lehrer.» So lautet der neue Slogan der Kampagne, und ich glaube wir alle wünschen uns, dass wir zukünftig Heldinnen und Helden im Lehrberuf weiter stärken können. Ja, wir brauchen diese, aber nicht nur im Lehrberuf, auch anderswo ist Fachkräftemangel angesagt. Seit Monaten sprechen wir im Rahmen von zahlreichen Vorstössen über den Lehrberuf, die Stärkung in personellen sowie finanziellen Angelegenheiten, aber auch in Bezug auf die Bedürfnisse und machen Bedarfserhebungen. Das ist auch gut so. Die Bedingungen verlangen aber sehr oft auch Perspektiven, und solche Perspektiven gilt es auch in einen strategischen Plan niederzuschreiben. Das war die ursprüngliche Idee, als ich die Motion eingereicht habe. Es ging darum, die Massnahmen aufzulisten und sachverständig und kurzfristig, aber auch längerfristig aufzuzeigen, wie wir im Kanton Luzern mit diesem Lehrpersonenmangel umgehen können. Ich begrüsse es sehr, dass mittlerweile schon sehr viel gemacht wird und zukünftig dank weiteren erheblich erklärten Postulaten sowie Befragungen auch weitere Informationen gesammelt werden. Wir brauchen qualifizierte Lehrpersonen, das hat Urban Sager deutlich gemacht, und das ist auch meine Meinung und jene der Mitte-Fraktion. Wir brauchen aber auch Perspektiven und einen klaren Umgang, wie wir diese Lehrpersonen zukünftig im Lehrberuf halten können. Der Regierungsrat hat vorhin erklärt, dass er Massnahmen basierend auf Befragungen präsentieren will. Auch das ist begrüssenswert. Die Stellungnahme der Regierung auf meine Motion ist sehr ausführlich und zeigt auf, was in welchen Bereichen getan wird, und sie gibt uns einen Einblick in die ersten Ergebnisse der Befragungen in den Bereichen Monitoring, LohnEinstufungen oder aber auch Kommunikationsmassnahmen. Die Mitte-Fraktion möchte gerne mehr Heldinnen und Helden von morgen ausbilden, sie möchte aber auch die Superkräfte der aktuellen Heldinnen und Helden im Lehrberuf halten. In diesem Sinn ist es sicherlich gut, wenn wir einige der Vorstösse erheblich erklären. Ich bin deshalb damit einverstanden, dass meine Motion als Postulat erheblich erklärt wird. Die Idee war einfach nur, dass wir zukünftig über einen Massnahmenplan oder wie im Postulat von Urban Sager gefordert über ein Massnahmenpaket zur Verbesserung des Lehrberufes befinden können. Ich freue mich, dass sich die Regierung die Tür offen hält, indem sie meine Motion als Postulat erheblich erklärt und um zu prüfen, wie es mit den Massnahmen weitergeht. Allenfalls legt sie doch noch einen Bericht oder weitere strategische Elemente dar.

Lisa Zanolla: Mit dem Postulat P 927 wird die Regierung gebeten, ein Massnahmenpaket zur generellen Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen zu erarbeiten. Im Februar 2022 ist erneut eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Schulleitungen aller Wahlkreise zusammengestellt worden. Als kurzfristige Massnahmen wurden Lehrpersonen angeschrieben, welche in den letzten beiden Jahren pensioniert wurden, es wurde Werbung bei den Abgängerinnen und Abgängern der PHLU gemacht, und es wurden Stelleninserate im süddeutschen Raum publiziert. Dadurch konnten die meisten Stellen für das Schuljahr 2022/2023 besetzt werden. Die grössten Belastungsfaktoren der Lehrpersonen mit Bezug auf den Unterricht sind der Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und

Schülern sowie das Gefühl, für alle Aufgaben einer Lehrperson zu wenig Zeit zu haben. Lehrermangel ist auch ein strukturelles Problem. Gründe für den Lehrermangel sind neben den steigenden Schülerzahlen auch Pensionierungen und Teilzeitarbeit. Mithilfe einer Arbeitsgruppe, die sich mit den Umfrageresultaten auseinandersetzt, sollen bis im Herbst mögliche Massnahmen und deren Kosten präsentiert werden. Die grösste Belastung stellt für die Lehrpersonen der Umgang mit jenen Kindern und Jugendlichen dar, die im Unterricht auffallen. Dabei würde sich ein Drittel der Befragten eine bessere Unterstützung und Begleitung wünschen. Man hört es zwar oft, und die Belastung der Lehrpersonen ist ein relevanter Grund für Stellenwechsel, Kündigung oder Krankheit, doch nur rund ein Drittel der Lehrpersonen arbeitet in Vollzeit. Die weiteren Lehrpersonen verteilen sich ziemlich gleichmässig auf Pensen zwischen 30 und 90 Prozent. Der meistgenannte Grund für ein Teilzeitpensum ist Privates, zum Beispiel die Familie. Gerade dort appellieren wir daran, daran zu denken, dass wir vorsichtig sein müssen und uns nicht vom Fachkräftemangel bei Lehrpersonen täuschen lassen sollen, wenn nur ein Drittel Vollzeitstellen sind. Das bedeutet auch, dass die Entlöhnung so gut sein muss, dass die Lehrpersonen gar keine Vollzeitstelle besetzen wollen. Uns zeigt die Stellungnahme der Regierung klar, dass die Situation weiter seriös verfolgt werden muss. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass erstens in den vergangenen Jahren bereits verschiedene Massnahmen auf den einzelnen Bildungsstufen getroffen wurden und zweitens die Bedingungen im Lehrerberuf zurzeit jetzt schon analysiert werden. Im Sinn der Ausführungen kann die SVP-Fraktion das Postulat nicht erheblich erklären und lehnt es ab. Mit der Motion M 977 wird der Regierungsrat aufgefordert, einen Massnahmenplan vorzulegen, welcher kurz, mittel- und langfristige Massnahmen aufzeigt, wie dem Lehrkräftemangel im Kanton Luzern entgegengewirkt und das Berufsbild zukünftig positiv gestärkt werden kann. Die Situation ist komplex. Obwohl die zeitliche Arbeitsbelastung für Lehrpersonen in der Tendenz eher sinkt, steigen viele nach dem Abschluss der PHLU schon bald aus dem Beruf aus. Die Gründe, warum die Lehrpersonen nach wenigen Jahren respektive kurz nach dem Abschluss an der PH aussteigen, sind vielschichtig. Das können zum Beispiel schwierige Klassensituationen sein, aber auch familiäre oder berufliche Gründe. Da wir heute auf dem Arbeitsmarkt eine grosse Flexibilität beziehungsweise Durchlässigkeit haben, sind solche Neu- und Umorientierungen alltäglich geworden. Das ist ein Phänomen, das gesamtgesellschaftlich auftritt. Lohnerhöhungen könnten zwar ein Anreiz sein, aber kein Wundermittel gegen den aktuellen Fachkräftemangel. Wichtig ist, an den Mittelschulen präsent zu sein und etwa die Fachmittelschulen zu stärken. Von dort kommen viele geeignete Lehrpersonen. Zudem braucht es ein gutes Berufsmarketing, denn Lehrer zu sein, ist ein sehr schöner Beruf. Es braucht dringend Gegenmassnahmen. Doch mit Geld allein ist es nicht getan. Im Kanton Luzern verweist man im Kampf gegen den Lehrermangel gerne auf die Nachbarkantone, die höhere Löhne bezahlen und weniger Mühe haben, Lehrpersonen zu finden. Der Lohn mag tatsächlich eine Rolle spielen, er ist aber kein Allheilmittel. Um die Attraktivität zu steigern, braucht es ein professionelles Umfeld, höchste Ansprüche an die Ausbildung und eine Entlastung von administrativen Aufgaben, damit sich die Lehrpersonen wieder voll aufs Unterrichten konzentrieren können. Überfüllte Klassen, integrativer Unterricht und ständig neue administrative Aufgaben tragen dazu bei, dass bei den Lehrkräften das Gefühl fehlender Anerkennung für ihre verantwortungsvolle Lehrtätigkeit und Erziehungsarbeit entsteht. Verwundert es da noch, dass unter solchen Bedingungen immer mehr Lehrkräfte die Freude am Beruf verlieren? Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt des Lehrpersonals ist ein nationales Phänomen, ebenso wie das Fachkräfteproblem, welches auch in der Privatwirtschaft zu beobachten ist. Landauf, landab sind Schulpräsidenten und Schulleiter fast

verzweifelt daran, für das neue Schuljahr Lehrkräfte zu suchen. Doch die eigentlichen Gründe für den akuten Mangel an Lehrkräften liegen woanders, vor allem in der Bürokratisierung, die den Beruf unattraktiv macht. Der Lehrermangel ist ein strukturelles Problem: überfüllte Klassen, integrativer Unterricht, viel zu viele administrative Aufgaben. Für die SVP-Fraktion ist es klar, dass der Fachkräftemangel bei den Lehrpersonen nicht nur mit mehr Lohn, aufgehoben wird. Laut der Dienststelle Volksschulbildung gab es jährlich Lohnanpassungen zwischen 0,5 und 1,5 Prozent. Davon können viele in der Privatwirtschaft nur träumen. Zudem haben Lehrpersonen im Kanton Luzern im Vergleich zu anderen Kantonen sehr komfortable Anstellungsbedingungen, beispielsweise bezüglich Krankentaggeld usw. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

Roger Erni: Die FDP-Fraktion zieht das Postulat P 927 der Motion M 977 vor. In diesem Fall braucht es keine Motion. Die Motion ist etwas vom härtesten, das wir von der Regierung fordern können. Die Stellungnahme der Regierung zur Motion M 977 ist sehr gut. Die Motionärin verlangt Massnahmen. In Tabelle 1 auf Seite 4 werden 28 Massnahmen aufgeführt. Nur zwei davon führt der Kanton nicht durch, und er erläutert auch, weshalb. Der Kanton führt also 26 Massnahmen durch. Auf dem zweiten Platz folgt ein Kanton mit sechs Massnahmen. Wenn ein Kanton in der Schweiz keinen Lehrpersonenmangel haben sollte, wäre es aufgrund der Massnahmen aus diesem Massnahmenkatalog der Kanton Luzern. Es werden sogar Inserate im Ausland geschaltet. Die FDP-Fraktion stimmt dem Postulat P 927 zu und lehnt die Motion M 977 ab.

Angelina Spörri: Letzte Woche haben wir der Botschaft B 159 über das neue Besoldungssystem für das Staatspersonal zugestimmt, weil der Kanton Luzern im Vergleich zu den Nachbarkantonen nicht mehr konkurrenzfähig ist. Beim Fachkräftemangel im Bildungsbereich haben wir das gleiche Problem, und wir hoffen, dass auch dort zeitnah Anpassungen erfolgen. Die Entlohnung ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Grund, warum man eine Arbeitsstelle behält. Der gestiegene Administrationsaufwand, die Herausforderungen der integrativen Schule, eine vermehrte und intensivere Elternzusammenarbeit, die steigende Anzahl Lernender mit besonderen Bedürfnissen und die dazugehörige komplexe Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachpersonen sind weitere Punkte, unter denen die Berufsattraktivität leidet. Der Regierungsrat hat die Problematik erkannt und bereits mit der Aufarbeitung begonnen. Wir begrüßen den Einsatz von Arbeitsgruppen, um das Problem fundiert anzugehen und nachhaltige Lösungen zu suchen. Mit attraktiven Arbeitsbedingungen neue Personen zu finden und langjährige, treue Lehrpersonen zu halten, muss uns wichtig sein. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung des Postulats P 927 zu. Bei der Motion M 977 stimmen wir der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Urs Christian Schumacher: Der Lehrberuf scheint effektiv nicht mehr so attraktiv zu sein wie zu Gotthelfs oder zu Ankers Zeiten. Wenn die Attraktivität in einem so kreativen Beruf sinkt, so hat das wohl auch mit den Arbeitsvorgaben zu tun. Haben die Lehrpersonen noch genügend Freiraum für eigene Kreativität? Oder müssen sie einfach nur noch reproduzieren? Können sie eigene pädagogische Konzepte und Ideen einbringen und umsetzen? Fühlen sie sich wohl bei den zunehmend ideologischen Vorgaben, die sie zu vermitteln und zu vertreten haben? In den letzten Dekaden hat sich die Arbeitssituation der Lehrpersonen tiefgreifend verändert: Erstens die Einführung der Schulleitungen, die möglicherweise den Lehrpersonen zu enge Vorgaben machen; zweitens die zunehmende Digitalisierung, welche die Lehrperson aus dem Zentrum des Lern- und Stoffvermittlungsprozesses verdrängt; drittens die zunehmende Belastung der Lehrpersonen mit verhaltensauffälligen Kindern – Stichworte Medienkonsum, fehlende Familienstruktur, sprachliche und soziale Integrationsdefizite;

viertens der zunehmende Administrations- und Dokumentationsaufwand. Bei der Ausarbeitung eines Massnahmenplans sind daher die folgenden Fragen zu klären: Wie geht es den Lehrpersonen mit den Vorgaben der Schulleitungen? Können sie Kreativität und Eigeninitiative genügend einbringen, oder sind der Unterricht und die Lernschritte zu fest vorgegeben? Wie geht es den Lehrpersonen mit den relativ rigiden Lehrmittelvorgaben? Würde eine liberalere Lehrmittelwahl die Attraktivität des Unterrichtens erhöhen? Wie wirkt sich die Digitalisierung auf die Berufsattraktivität aus? Aus entwicklungspsychologischer Sicht lernt der Mensch über seine Beziehungen. Die Lehrperson als Vorbild und liebevolle Autorität ist dabei eine wichtige Voraussetzung, damit sich Kinder mit Interesse auf einen Lernprozess einlassen. Wie wirken sich ideologische Vorgaben, insbesondere die Gender- und Sprachvorgaben, auf die Attraktivität des Lehrberufes aus? Die eingeschränkte Selbstentfaltung in der täglichen Arbeit ist der primäre Grund, weshalb die Arbeitsattraktivität sinkt. Mit sinkender Arbeitsattraktivität erhalten sekundäre Anstellungsbedingungen wie Lohn, Ferien und Vereinbarkeit mit dem Privatleben, die alle auch wichtig sind, zunehmend Relevanz. Wenn ich mit Lehrern darüber spreche, so wird der Lohn kaum je erwähnt.

Andy Schneider: Eine kurze Rückblende: Bereits im November 2010 haben die Lehrpersonen bessere Arbeitsbedingungen gefordert: «Hohe Arbeitsbelastung und vergleichsweise tiefer Lohn. Der Lehrerberuf wird zunehmend unattraktiv». November 2011: «Die Lehrer hadern mit den Massnahmen der Regierung. Sowohl die Luzerner Regierung als auch die Lehrpersonen wollen den Lehrberuf attraktiver machen. Die befragten Lehrpersonen sind unzufrieden mit den Massnahmen, mit welchen die Regierung die Schule als Arbeitsplatz attraktiver machen will.» November 2017: Regierungsrat Reto Wyss macht weitere Zugeständnisse bezüglich der Lohnentwicklung im Bildungsbereich: «Zwar wurde dafür im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 mehr Geld reserviert. Ich gestehe aber, dass dies nicht im gewünschten Rahmen geschieht. Die Besoldung soll sich in Zukunft besser entwickeln.» Im November 2019 versprach alt Regierungsrat Marcel Schwerzmann: «Ich bin bereit, die Lohnsituation anzuschauen.» Was ich Ihnen hier erzählt habe, ist die Ankündigungspolitik der Regierung. Sie als Parlament haben das unterstützt. In den letzten zwölf Jahren ist nicht das passiert, was hätte passieren sollen. In regelmässigen Abständen wurde von der Regierung versprochen, Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs einzuleiten. Es ist jedoch wenig bis gar nichts geschehen. Die Konsequenzen tragen die Kinder, die Lehrpersonen und die Schulleitungen von heute. Die Qualität ist akut gefährdet, die Situation wird sich noch zuspitzen. Das hat der Bildungs- und Kulturdirektor letzte Woche selbst gesagt. Es gibt viele Lehrpersonen, die vor der Pensionierung stehen. Die Ankündigungspolitik hat ausgedient, jetzt sind umfassende strukturelle Massnahmen zu beschliessen und umzusetzen. Es genügt nicht, die pensionierten Lehrpersonen in den Alltag zurückzuholen oder die Lehrpersonen aufzufordern, ihre Pensen zu erhöhen oder im grenznahen Ausland Inserate zu schalten. Das Lohnsystem und die Anstellungsbedingungen sind zu verbessern. Ich bin aber erfreut, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf erkannt hat, und bitte ihn, diese Massnahmen nun zu beschliessen. Ich bitte Sie, den beiden Vorstössen gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.

Samuel Zbinden: Der Fachkräftemangel im Bildungsbereich ist eklatant. Die Grüne Fraktion begrüsst es deshalb, dass wir heute diesem Thema den nötigen Platz einräumen. Sowohl die diversen Vorstösse, die Stellungnahmen der Regierung und auch meine Vorredner und Vorrednerinnen haben bereits viele mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufgezeigt. Klar ist, dass es die eine Massnahme für eine sofortige Lösung wohl kaum gibt. Genau deshalb begrüssen wir ein umfassendes Massnahmenpaket. Wir stimmen deshalb den Anträgen der Regierung zu. Ein Instrument, das auch helfen kann,

um attraktive Arbeitsbedingungen zu sichern, ist ein voller Ausgleich der massiven Teuerung, die wir aktuell erleben. Jedes Prozent Teuerung, das nicht ausgeglichen wird, entspricht einer faktischen Lohnsenkung. Letztes Jahr lag die Teuerung bei 2,8 Prozent. Bei den Lehrpersonen lag die generelle Lohnerhöhung bei nur 0,5 Prozent. Die Lehrpersonen sowie das Staatspersonal hatten also einen massiven Kaufkraftverlust. Auch dieses Jahr rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wieder mit einer Jahresteuern von über 2 Prozent. Wenn die Teuerung also wieder nicht ausgeglichen wird, kommt es erneut zu einem Kaufkraftverlust und somit zu einer Reallohnsenkung. Deshalb fordern die Personalverbände und Gewerkschaften beim Service public einen vollen Teuerungsausgleich. Wir freuen uns, wenn diese Forderung bei der Umsetzung des Massnahmenpakets auch berücksichtigt wird. Es geht hier nicht um das Schlechtreden der Arbeitsbedingungen, sondern um den Einsatz dafür, dass sich diese verbessern. Das sollte im Interesse von uns allen sein.

Urban Sager: Zum Votum von Urs Christian Schumacher: Wenn man im Vorstoss auf den entsprechenden Link zur externen Befragung klickt, sieht man, dass die Gründe, die er aufgeführt hat, praktisch nicht genannt wurden. Mit einem ideologischen Blick auf die Problemsituation zu schauen, bringt uns nicht weiter. Anekdotische Evidenz hilft meistens auch nicht wirklich. Dank der Regierung und der externen Befragung haben wir klare Fakten. Die Ableitungen der Massnahmen daraus gehen entlang dieser Fakten.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Für uns ist es klar, dass es nur gemeinsam geht. Es sind alle in der Pflicht, diese Massnahmen zu ergreifen, zu unterstützen und bei der Erarbeitung zu helfen. Es ist auch klar, dass wir ein mehrstufiges Verfahren brauchen. Vieles haben wir bereits getan. Wir werden unser Paket wiederum zweiteilen. Wir werden Sofortmassnahmen vorschlagen und im Rahmen eines grösseren Projekts mittelfristige Massnahmen vorsehen. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, es geht nicht nur um Geld, sondern auch um Imagepflege. Das ist ein sehr wichtiges Element. Weiter geht es um die Bestandespflege, damit die aktuellen Lehrpersonen bleiben und nicht abwandern. Zudem geht es um die Akquirierung von neuen Lehrpersonen. Hier geht es um die Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger sowie um die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, aber auch um die Möglichkeit, allenfalls Pensen zu erhöhen oder sogar Lehrpersonen aus anderen Kantonen zurückzuholen. Urban Sager hat recht, das Lohnniveau ist unterschiedlich, aber es ist nicht das Einzige, was zählt. Das wurde auch von Lisa Zanolla korrekt dargestellt. Jene Kantone mit den höchsten Löhnen haben auch einen Lehrpersonenmangel, also kann es nicht nur an der Besoldung liegen. Es ist aber eine wichtige Frage. Wir haben in unserem Lohnsystem tatsächlich Probleme, etwa mit der durchhängenden Lohnkurve. Das ist eine der Massnahmen, die wir Ihnen sicher zur Diskussion unterbreiten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Elemente, die wir in der Stellungnahme zum Postulat P 927 dargelegt haben, vollständig abdecken können. Wir brauchen ein attraktives Berufsbild bestehend aus einer guten Befähigung am Anfang und einem guten, begleiteten Einstieg in den Beruf. Wir brauchen gute Fachkarrieren, eine Entwicklung während des Arbeitslebens und – verzeihen Sie mir den militärischen Ausdruck – eine gute Durchhaltefähigkeit. All das sind Elemente, die im Leben einer Lehrperson wichtig sind und damit wir genügend Lehrpersonen für unseren Kanton akquirieren können. Urs Christian Schumacher postuliert andere Elemente, die zunehmende Einengung der Lehrpersonen. Der Fachkräftemangel ist breit, und nicht nur der Bereich Bildung, sondern auch andere Branchen sind davon betroffen. Da postuliert man zum Teil die gleichen Entwicklungen. Ich nehme seine Ausführungen zur Kenntnis. Klar ist, wenn da ein Problem bestehen würde, würden wir das in den Befragungen jeweils sehen. Da haben wir keine Evidenz, das hat auch Urban Sager korrekt erklärt, aber wir hätten Instrumente, um es

erkennen zu können, wenn es denn so wäre. Mit Andy Schneider bin ich nicht ganz einverstanden. Wir haben nicht nichts getan. Wir haben bereits viel getan, aber es reicht noch nicht, sondern es braucht noch mehr. Roger Erni hat erklärt, dass wir schon vieles tun. Wir setzen noch nicht alle dieser 26 Massnahmen um, sondern einige sind noch in Planung. Dazu brauchen wir aber auch die entsprechenden Budgets. Dann kommt Ihr Rat ins Spiel, im Kanton Luzern ist der Kantonsrat das Budgetorgan. Wir werden diese entsprechenden Anträge also noch miteinander diskutieren. Heute ist es wichtig, dass wir diese Prüfaufträge umfassend entgegennehmen wollen. Das gilt auch für den Vorstoss von Karin Andrea Stadelmann. Es sind viele Elemente, die wir in der ganzen Breite prüfen, und wir wollen Ihnen die entsprechenden Antworten und Vorschläge unterbreiten. Wir empfehlen Ihnen, unseren Anträgen zu folgen.

Der Rat erklärt das Postulat P 927 mit 85 zu 25 Stimmen erheblich.